



23.08.2011: Mit diesem - in der vorstehenden Überschrift zitierten - Protestschrei reagierte vor fast genau 72 Jahren, im September 1939, der bedeutende antifaschistische Propagandist und Kommunist Willi Münzenberg in der Exilzeitschrift 'Die Zukunft' auf den Abschluss des sich am heutigen Tag jährenden 'Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes' und auf seine anschließende Umsetzung im Angriffskrieg der deutschen Faschisten gegen Polen. Damals erschütterte der genannte Vertrag nicht nur die bürgerlichen, sondern auch große Teile der linken und kommunistischen Kräfte in Europa, machte er doch vorerst jede Hoffnung auf eine breite staatliche Einheitsfront gegen den Hauptaggressor Deutschland zunichte. Und bis heute liegt das Erbe der unter dem Namen 'Hitler-Stalin-Pakt' bekannt gewordenen Abkommen zwischen der Sowjetunion und dem faschistischen Deutschen Reich jener Tage wie ein Alp über der kommunistischen Bewegung in Mittel- und Osteuropa.

In den ehemaligen westlichen Bündnisstaaten der Sowjetunion und den baltischen Staaten werden der Pakt und seine Umsetzung von den um 1990 an die Macht gelangten bürgerlichen Kräften zur gnadenlosen Verleumdung der kommunistischen Bewegung und zu entsprechenden Unterdrückungsmaßnahmen genutzt. Bürgerliche Wissenschaftler im übrigen Europa und den USA tragen zwar viel Material zusammen, bleiben in ihren Bewertungen aber auf abstruse 'Totalitarismustheorien' oder auf oberflächliche Darstellungen der Abläufe und Prozesse orientiert, da ihnen kommunistische Grundsätze und Prinzipien wesensfremd sind.

An einer umfassenden und tief gehenden dialektisch-materialistischen Aufarbeitung, Analyse und Bewertung dieses so verhängnisvollen Paktes fehlt es noch immer. Die nachstehende Analyse soll - aus Anlass des heutigen Jahrestages - ein Beitrag zum Schließen dieser Lücke

sein. Der Schwerpunkt wird dabei der Entstehungsprozess der eigentlich drei zusammenhängenden Verträge jener Tage zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich sein. Grundlage der Analyse - der Stoff der Forschung - waren alle verfügbaren und veröffentlichten, primären Dokumente, die unmittelbar in diesem Prozess entstanden sind. Einige dieser Dokumente sind erst nach dem Zusammenbruch der SU veröffentlicht worden (z.B. die Dimitrow-Tagebücher) oder in ihrer Existenz und ihrem Inhalt unzweifelhaft bestätigt worden (so 1992 die sowjetischen Originale der Verträge und ihrer Zusatzprotokolle). Dadurch ergeben sich Einblicke, die während der Zeit des 2. Weltkrieges und lange danach Kommunisten und anderen Linken verwehrt waren.

Die drei Verträge sind das [Deutsch-Sowjetische Wirtschaftsabkommen](#) vom 19./20. August, der [Deutsch-Sowjetische Nichtangriffsvertrag](#) vom 23./24. August und der [Deutsch-Sowjetische Grenz- und Freundschaftsvertrag](#) vom 28. September 1939, die als solche - inklusiv ihrer Zusatzprotokolle - und in ihren Umsetzungen das Ergebnis eines in sich einheitlichen Prozessablaufes und der in diesem Verlauf zueinander gefundenen Strategien zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich waren. Sie stellen nur die formelle Gliederung der Teilergebnisse eines Gesamtabkommens dar, und sollen daher auch in der Folge in dieser Gesamtheit gemeint sein, wenn vom 'Hitler-Stalin-Pakt' die Rede ist. Diese Personenbezogenheit ist allemal berechtigt, wenn man berücksichtigt, welcher kleiner Personenkreis an dem Entstehungsprozess dieses Paktes beteiligt war und dass es im Kern die beiden Staatsführer allein waren, die über Inhalt und Unterschriften entschieden.

Auf sowjetischer Seite bestand der Personenkreis der Gestalter und Entscheider aus dem sogenannten Fünfer-Kreis des Politbüros mit Josef Stalin, Wjatscheslaw Molotow, Andrej Schdanow, Klimt Woroschilow, Anastas Mikojan. Hinzu kamen noch der Botschafter Alexej Mermalow in Berlin, der dortige Geschäftsführer Georgij Astachow und (nachgeordnet) der stellvertretende Leiter der sowjetischen Handelsvertretung Barbarin. Der am 3. Mai 1939 in seiner Funktion als Außenminister durch Molotow abgelöste Litwinow spielte keine wesentliche Rolle.

Auf deutscher Seite waren die Entscheider Adolf Hitler, Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop, sein Staatssekretär Ernst von Weizsäcker, Hermann Göring, der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Schulenburg, der Vortragende Legationsrat und Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung Ost im Reichsaußenministerium, Julius Schnurre und (nachgeordnet) der Dolmetscher und Mitarbeiter der deutschen Botschaft in Moskau, Gustav Hilger.

Die diplomatischen Prozesse, die zum Hitler-Stalin-Pakt führten, begannen mit den Vorüberlegungen des deutschen Reiches zur Gestaltung und Regelung eines neuen Wirtschaftsvertrages für das Jahr 1939. Der Außenhandel Deutschlands mit der Sowjetunion war 1938 weiter drastisch eingebrochen: Exporten im Umfang von 50 Mio. Reichsmark nach Deutschland standen klägliche Importe in Höhe von 32 Mio. Reichsmark in die Sowjetunion entgegen. Dabei war der Rohstoffimport aus der SU für das Deutsche Reich von höchster Bedeutung - für die interne Kriegswirtschaft und im Fall eines Krieges im Westen als Ausgleich für wahrscheinliche Blockaden durch die Westmächte. Besonders bewusst war das den Kreisen um Hermann Göring und den Wirtschaftsfachleuten im Außenministerium um Julius Schnurre. Schnurre entwickelte bereits im Dezember 1939 einen Vertragsplan, der im August 1939 dann auch weitgehend in dieser Form zur Unterzeichnung kam. Der Kern dieses Wirtschaftsvertrages war ein Kompensationsgeschäft: Aufnahme eines deutschen Kredit durch die Sowjetunion zum

Import von Technologie und Maschinen aus Deutschland und Rückzahlung des Kredits durch Rohstoff- und Warenlieferungen.

Die deutsche Haltung im Prozess bis zum Abschluss dieses Vertrages war dabei nicht gradlinig, sondern von unterschiedlichen Widersprüchen und Interessen geprägt. Da war die Gier nach den kriegswichtigen Rohstoffen; doch gab es auch die Sorge, dass die umfangreichen Technologie- und Maschinenlieferungen in die Sowjetunion gerade die Kriegsindustrie und -produktion schwächen könnten; da erschienen der deutschen Führung der Preis bzw. die Kreditwünsche der SU lange Zeit als zu hoch. Im ersten Quartal 1939 glaubte von Ribbentrop zudem noch, Polen nach Art der Tschechoslowakei mit Zuckerbrot und Peitsche einfangen zu können und wollte alles vermeiden, was Polen in die Arme von Groß-Britannien und Frankreich treiben könnte. Aus diesem Grunde wurde eine erste Verhandlungsrunde in Moskau Ende Januar 1939 unter Leitung von Schnurre nach einer Veröffentlichung des Krakauer Kuriers kurzfristig abgesagt.

Dann gab es in der deutschen Führung die Rücksichtnahme auf Italien und mehr noch auf Japan, die einer Annäherung Deutschlands an die SU kein Verständnis entgegen brachten. Davon ließ sich von Ribbentrop zeitweise beeindrucken, bis hin zu Entwürfen von Anweisungen, alle Verhandlungen mit der SU zu dem Wirtschaftsabkommen einzustellen (Ende Juni 1939). Dagegen stand Göring, der Mitte Juni in einem Gespräch mit einem Vertrauensmann Mussolinis angab: "Mir ist es wurscht, was der japanische Botschafter sagt und macht, ich werde auf meiner Straße weitergehen, um den für Deutschland lebenswichtigen russischen Markt zu erschließen." Eine Zeitlang interpretierte die deutsche Führung zudem die Forderung der Sowjetunion nach einer zwingend begleitenden politischen Vereinbarung als Signal von Desinteresse auf sowjetischer Seite.

Und dann zeigte sich im zweiten Quartal 1939 für die deutsche faschistische Führung, dass im angesagten Krieg gegen Polen wohl kaum mit einem einfachen Zuschauen von Groß-Britannien und Frankreich zu rechnen war. Im Gegenteil, besonders die britische Haltung gegenüber einer weiteren Aggression Deutschland verhärtete sich ständig. Die wachsende Dringlichkeit bei der Vermeidung eines Zwei-Fronten-Krieges und einer Rohstoffabschneidung im Westen zwang zu Zugeständnissen bei den Kredit- und Lieferwünschen der Sowjetunion. Zudem begannen die deutsche Führung und deren Diplomaten im Juni und Juli allmählich zu begreifen, dass sie über eine mögliche politische Vereinbarung mit der Sowjetunion noch ganz andere, als nur wirtschaftliche Gewinne erzielen könnte.

Dabei waren besonders von Schulenburg und Schnurre treibend und klärend aktiv. Am 17. Juni 1939 besprach Schulenburg mit Astachow Ansätze einer politischen Verständigung, bei der neben einer Fortsetzung des Berliner Vertrages von 1926 auch bereits von einem Nichtangriffspakt gesprochen wurde. Und am 26. Juli lud Schnurre Astachow und Babarin zum Abendessen in ein Berliner Restaurant ein. Im Verlaufe dieses Gespräches wurde bereits die gesamte Grundskizze des Deutsch-Sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23./24. August besprochen, inklusive der groben Klärung der Hegemonieansprüche der Sowjetunion über die baltischen Staaten und der Teilung Polens.

Das Agieren der Führung der Sowjetunion war in dem Entstehungsprozess des ´Hitler-Stalin-Paktes` im Gegensatz zu dem der deutschen Seite klar orientiert und nicht im Mindesten schwankend oder von widersprüchlichen Interessen erkennbar beeinflusst. Und von Anfang an entsprach dieses Agieren gegenüber der deutschen Führung an keiner Stelle dem, was der

stellvertretende sowjetische Außenminister Krestinski dem polnischen Botschafter bei dessen Amtsantritt im Jahre 1936 gegenüber erklärte, und was unzweifelhaft dem Geist der Linie des 7. Weltkongresses der KI entsprach: "... wir kämpfen gegen alle Formen des Angriffs und alle Arten des Faschismus. Wir betreiben augenblicklich eine anti-deutsche, anti-italienische und anti-japanische Politik."

So erhöhte die Sowjetunion ihr Angebot zur Lieferung von Rohstoffen nach der Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen am 10. Februar 1939 auf Drängen der deutschen Seite umgehend von 50 Mio. Reichsmark pro Jahr auf 200 Mio. Reichsmark in den nächsten beiden Jahren, wenngleich verbunden mit der gleichzeitigen Forderung einer wesentlichen Anhebung der Kreditbedingungen zum Import deutscher Technologie und Maschinen.

Auf dem 18. Parteitag der KPdSU am 10. März 1939 setzte Stalin ein weiteres positives Signal in Richtung Deutsches Reich, als er in seinem politischen Bericht als Aufgabe der Partei in der Außenpolitik u.a. formulierte: "Die Friedenspolitik fortzuführen und die wirtschaftlichen Beziehungen mit allen Ländern zu stärken; vorsichtig zu sein und nicht zuzulassen, dass unser Land in Konflikte durch Kriegstreiber verwickelt wird, die gewohnt sind, andere für sich die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen." Das konnte sinnvoll nur als andeutende Absage an Großbritannien und Frankreich gedeutet werden. Bei dem Festgelage nach der Unterzeichnung des Nichtangriffsvertrages vom 23./24. August 1939 bezog sich Molotow explizit auf diese Interpretation der Aussagen Stalins: „Ferner hob Herr Molotow sein Glas auf Herrn Stalin, wobei er bemerkte, dass es Stalin gewesen sei, der durch seine Rede vom März d. J., die in Deutschland gut verstanden worden sei, den Umschwung der politischen Beziehungen eingeleitet habe.“ Und Ribbentrop erinnerte sich später (in den Nürnberger Prozessen) an die Ergänzung Stalins „Genau das war meine Absicht!“

Am 17. April 1939 erklärte Merekalow in einem Gespräch mit von Weizsäcker, "es bestehe für Russland kein Grund, warum es nicht mit uns (Deutschland) auf einem normalen Fuße leben sollte. Aus normalen Beziehungen könnten auch wachsend bessere werden." Das alles nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei Mitte März 1939 und fast gleichzeitig mit dem Beginn von Gesprächen mit Großbritannien und Frankreich über eine 'Anti-Aggressor-Koalition'.

Mit der Ablösung Litwinows als Außenminister durch Molotow wurde nicht nur die Außenpolitik direkt in die Steuerung des Fünfer-Kreises des Politbüros der KPdSU übernommen. Es wurde gleichzeitig erreicht, dass bei evtl. höchstrangigen politischen Verhandlungen mit dem Deutschen Reich die Faschisten nicht mit einem Juden verhandeln mussten.

Einen entscheidenden Schritt weiter ging Molotow dann in einem Gespräch am 20.5.1939 mit Graf von Schulenburg, aus dem dieser die Erkenntnis nach Deutschland weitergab: „Es ist gar nicht anders zu verstehen, als dass ihm die Wiederaufnahme unserer Wirtschaftsverhandlungen als politische Geste nicht genügt und dass er offenbar weitergehende Angebote politischer Art von uns haben will.“ Das bedeutet, dass Stalin und Molotow bereits zu diesem Zeitpunkt einen (im Einzelnen noch zu verhandelnden) politischen Pakt als Preis für das Wirtschaftsabkommen mit dem Deutschen Reich anstrebten und forderten.

Die positiven Zeichen und Signale der sowjetischen Führung in Richtung der Führung Deutschlands erfolgten aber auch indirekt und über Mittelsmänner. So erklärte am 15. Juni 1939 Georgi Astachow, der sowjetische Botschaftsrat in Berlin, gegenüber dem bulgarischen

Botschafter Parvan Dragonow aus eigener Initiative: „Wenn Deutschland die Erklärung abgibt, die Sowjetunion nicht angreifen zu wollen, oder mit ihr einen Nichtangriffspakt abschließt, so wird die Sowjetunion wohl von dem Vertragsabschluss mit England absehen.“ Dragonow gab diese Information - wie offensichtlich gewollt - direkt an das deutsche Außenministerium weiter. Eine gleichartige Aussage machte der sowjetische Luftattache Ivan Cherny in London am 29. Juni 1939 gegenüber dem Assistenten des deutschen Luftattaches: Die SU habe eigentlich kein Interesse an einem Abschluss der Verhandlungen mit Frankreich und England und käme lieber mit Deutschland zu einem Abkommen.

Außerordentlich ungewöhnlich war ferner der Artikel von Andreij Schdanow am 29. Juni 1939, in dem er sich über widersprüchliche Einschätzungen der Chancen für ein ´Anti-Aggressor-Abkommen` mit Großbritannien und Frankreich seinerseits und seitens seiner ´politischen Freunde` (womit ja nur der Fünfer-Kreis des Politbüros gemeint sein konnte) ausließ und seine Meinung darlegte, dass so ein Abkommen keine ganz günstigen Aussichten habe. Für wen sollten solche starken Signale gedacht sein, wenn nicht für die deutsche Reichsführung?

Nach all diesen Zeichen und Positionierungen ergiffen die deutschen Entscheider jetzt die gereichten Hände (s.o.), man einigte sich auf die Wiederaufnahme konkreter Verhandlungen zu dem Wirtschaftsvertrag am 22. Juli 1939 und klärte in dem Gespräch von Schnurre mit Astachow und Babarin am 26. Juli 1939 die Grundkonzeptionen des politischen Rahmens, den Molotow am 20. Mai gegenüber von Schulenburg gefordert hatte. Anfang August, und zwar unmittelbar zu Beginn der Verhandlungen mit GB und Frankreich über eine konkrete Militärstrategie am 12. August, verständigten sich das deutsche Reichsaußenministerium und die sowjetische Führung über die Aufnahme von politischen Vertragsverhandlungen durch höchstrangige Persönlichkeiten.

Damit und noch bevor die Verhandlungen der SU mit GB und Frankreich definitiv gescheitert waren, waren im Kern die Würfel zugunsten der ersten beiden Teile des ´Hitler-Stalin-Paktes` bereits gefallen. Es ging nur noch um die Ausformulierung und um die Dringlichkeit der Vertragsunterzeichnung (Deutschland drängte wegen des Angriffstermins auf Polen; Molotow taktierte hinhaltend), die dann auch in den nächsten 10 Tagen keine Probleme mehr aufwarf.

Die klare und zu keiner Zeit in diesem wirklich meisterlich gesteuerten Prozessverlauf schwankende Zielorientierung des Fünfer-Kreises des Politbüros der KPdSU auf den politischen Pakt mit dem Deutschen Reich wird noch deutlicher, wenn man die von sowjetischer Seite in die Verhandlungen mit GB und Frankreich zwischen April und Mitte August 1939 eingebrachten Barrieren und Blockaden betrachtet. Das war anfangs die Forderung nach einer Behandlung einer "inneren Aggression" in den westlichen Nachbarstaaten der SU, vor allem in den baltischen Staaten, wie eine "äußere Aggression" gegen die SU. Da konnte der am 23./24. Juli fast fertige Vertragsentwurf eines politischen ´Anti-Aggressionsabkommens` wegen der unnachgiebigen Forderung Molotows nach einem zuvor festzulegenden militärischen Umsetzungsabkommen nicht unterzeichnet werden - kurz nach dem Beginn der abschließenden Wirtschaftsverhandlungen mit dem Deutschen Reich am 22. Juli. Und zwei Tage nach der Verständigung zwischen Molotow und von Ribbentrop über die abschließende Verhandlungen eines politischen Rahmenabkommens (Nichtangriffsvertrag) durch "höchstgestellte Persönlichkeiten" erhob Woroschilow in den militärischen Verhandlungen mit GB und Frankreich am 14. August die ultimative Forderung nach einem Einmarsch- und Durchmarschrecht gegen Deutschland in Rumänien, Litauen und Polen. Dabei war seitens Polens eine Zustimmung so gut wie ausgeschlossen. Solches Agieren der sowjetischen

Entscheider diene erkennbar nur dem Zustandekommen des von Molotow am 20. Mai gegenüber von Weizsäcker geforderten politischen Abkommens mit dem Deutschen Reich.

Betrachtet man die wesentlichen Elemente der beiden ersten Vertragswerke des Hitler-Stalin-Paktes, so ergab sich für die deutschen Faschisten die Gewissheit der Rohstoffversorgung insbesondere ihrer Kriegsmaschinerie aus dem Osten bei einer West-Blockade durch GB und Frankreich, die Sicherheit der Vermeidung einer echten zweiten Kriegsfront im Osten bei dem geplanten Überfall auf Polen, ja mehr noch die quasi garantierte Option auf die Zerschlagung Polens mit Hilfe der SU (diese Option wurde denn auch umgehend ab dem 3.9.1939 in Anspruch genommen), und die deutsche Wehrmacht konnte ihre Kräfte - abgesehen vom Angriff auf Polen - ohne Sorge gegen die kriegsdrohenden Westmächte wenden.

Die Sowjetunion dagegen hatte sich einen (selbstbetrügerischen) Frieden an ihrer Westseite, die Garantie für ihre Hegemonieansprüche an der Westgrenze (Finnland, baltische Staaten, Polen Rumänien) und die Option für die gemeinsame Zerschlagung des polnischen Staates, sowie günstige Zulieferungszusagen für den sozialistischen Aufbau durch deutsche Technologie und Maschinerie vertraglich gesichert (die jedoch bis Juni 1941 nur eher marginal erfüllt wurden). Die Lieferung von kriegsentscheidenden Rohstoffen an Deutschland sah Stalin zweifellos als günstig an, um die Staaten Mitteleuropas im Krieg zu binden (und sich schwächen zu lassen).

Dass es sich bei diesen letzten Feststellungen keineswegs um Vermutungen und Unterstellungen handelt, belegen dokumentierte Äußerungen der Entscheider des Hitler-Stalin-Paktes. So wurde das Zusatzprotokoll des Nichtangriffspaktes (in dem die Hegemonieansprüche formuliert sind) von Molotow und Stalin höchstpersönlich formuliert und redigiert - denn das RAM wusste nach eigenen Angaben "nicht so recht, was die russische Seite dort hinein schreiben" wollte. Am 7. September 1939 unterwies Stalin persönlich Georgi Dimitrow als Leiter der KI über seine Sicht und Strategie: "Der Krieg verläuft zwischen zwei Gruppen kapitalistischer Staaten ... um die Umgestaltung der Welt, um die Herrschaft über die Welt! Wir sind nicht dagegen, dass sie einander ordentlich an die Gurgel fahren und sich gegenseitig schwächen ... Wir können manövrieren, eine Seite gegen die andere anstacheln, damit sie sich möglichst gründlich zerfleischen." Und am 30.9.1939 prahlte Molotow vor dem Obersten Sowjet der SU damit, dass man gemeinsam mit der deutschen Wehrmacht nach jeweils einem nicht zu kräftigen Stoß "Polen, diese hässliche Ausgeburt des Versailler Vertrages" zerschlagen habe. Und viel später, am 29.11.1974 gab Molotow in seinen Gesprächen mit Felix Chuev an: "Meine Aufgabe als Außenminister war es, die Grenzen unseres Vaterlandes zu erweitern. Und es scheint so, als ob Stalin und ich mit dieser Aufgabe ganz gut fertig wurden."

Der zentrale und grundlegende Kern solcher Positionierungen und der dementsprechenden Handlungen ergab sich bereits 1939 aus Erklärungen Molotows vor dem Obersten Sowjet der SU am 31.8.1939: „Es ist unsere Pflicht, an die Interessen des Sowjetvolkes zu denken, an die Interessen der UdSSR. ... Ist es wirklich schwer zu verstehen, dass die UdSSR bisher und weiterhin ihre eigene unabhängige Politik verfolgt, die sich auf den Interessen der Völker der UdSSR und nur auf ihren Interessen gründet." Was hier so selbstverständlich klingt und unter 'normalen' Bedingungen möglicherweise wenig Schaden bewirkt, ist in seinem egoistisch-selbstbezogenen Prinzip das genaue Gegenteil des schon im Kommunistischen Manifest betonten und sich aus den realen Verhältnissen der menschlichen Organisation in Staaten ergebende Grundsatzes der Kommunisten, dass ihr Kampf der Form nach zwar national, dem

" ... Stalin, der Verräter bist du! "

Kategorie: Analysen

Veröffentlicht: Dienstag, 23. August 2011 20:31

Wesen und Inhalt nach aber international sein müsse. Letzteres bedeutet - wenn es nicht leere Floskel sein soll - dass dem Wirken des Imperialismus als Weltsystem auch eine entsprechende, das Ganze berücksichtigende Strategie der Kommunisten gegenüber stehen muss.

1939 konnte der erwähnte Grundsatz des Kommunistischen Manifestes nur alternativlos bedeuten: alle Kräfte, auch auf bürgerlich staatlicher Seite, gegen den Hauptaggressor in Europa - den Hitler-Faschismus - zusammen zu schließen. Der 7. Weltkongress der KI 1935 hatte die Generallinie der antifaschistischen Einheitsfront richtig vorgegeben, die Erweiterung dieser Orientierung und aller Kräfte auf den Zusammenschluss auch der nicht-aggressiven und durch den Faschismus in ihrer Existenz bedrohten Staaten wäre die einzig richtige kommunistische Politik im Europa des Jahres 1939 gewesen. Josef Stalin und der Fünfer-Kreis des Politbüros der KPdSU haben diese Anforderung bewusst und planmäßig mit Füßen getreten, und sie haben in diesem Sinne das zuvor sinngemäß zitierte hochrangige Prinzip der Kommunisten beiseite geschoben und verraten - mit verheerenden Folgen für ganz Europa. Daran lassen die Fakten des oben beschriebenen Prozesses zum Abschluss des 'Hitler-Stalin-Paktes` keinen Zweifel.

Aber es wurden noch weitere kommunistische Prinzipien der stalinschen Führung verletzt: durch die schon von Lenin vehement verurteilte Geheimdiplomatie und durch die geheimen Zusatzprotokolle (des Nichtangriffspaktes und des Grenz- und Freundschaftsvertrages), durch das in diesem Zusammenhang und später erfolgte Belügen des eigenen Volkes und der eigenen Partei und Arbeiterklasse (insbesondere über Inhalte und Existenz der Zusatzprotokolle), durch das bewusste Fördern eines mitteleuropäischen Krieges, in dem sich nicht in erster Linie die Bourgeoisien, sondern die Arbeiterklassen und die Werktätigen der kriegführenden Länder zerfleischten.

Deswegen hat das, was Willi Münzenberg im Oktober 1939 in der antifaschistischen Einheitsfrontzeitung 'Die Zukunft` so emotional formulierte, unverändert und tief begründet Gültigkeit: "Josef Stalin - der Verräter warst du!"

Text: hth